Sitzungsvorlage

Datum: 08.08.2002
Drucksache Nr.: **02/0324**
öffentlich

Beratungsfolge: Planungs- und Verkehrsausschuss Sitzungstermin: 17.09.02

Betreff:

Bebauungsplan Nr. 514/2 „Friedensstraße“ der Stadt Sankt Augustin, Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 5, zwischen der Sandstraße, der Brunnenstraße, der Friedensstraße und der Vom-Stein-Straße;

1. Bericht über die frühzeitige Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange
2. Bericht der Verwaltung bezüglich des Planungsstandes und der weiteren Vorgehensweise

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung empfiehlt dem Planungs- und Verkehrsausschuss der Stadt Sankt Augustin, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Planungs- und Verkehrsausschuss der Stadt Sankt Augustin nimmt den Bericht der Verwaltung über die frühzeitige Beteiligung der Bürger gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB an der Bauleitplanung zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Städtebaulichen Entwurf mit der geringeren Baudichte (Variante I) einschließlich der modifizierten Erschließung weiter zu konkretisieren.

Problembeschreibung/Begründung:

Die frühzeitige Beteiligung der Bürger an dem Bebauungsplanverfahren Nr. 514/2 erfolgte durch Aushang der Planung in der Zeit vom 06.05.2002 – 17.05.2002 (einschließlich). Im Vorfeld dieser fand bereits am 07.03.2002 in der Gaststätte „Parkschlösschen“ eine Info-Veranstaltung, mit einer Erläuterung der beiden Planungsalternativen statt. Die im Rahmen dieser Veranstaltung geäußerten Anregungen sind hier entsprechend eingeflossen. Darüber hinaus wurden die Eigentümer, welche durch die Planungsvorschläge im privaten Grundstücksbereich betroffen sind, durch individuelle Abstimmungsgespräche direkt an der Planung beteiligt.

Die Träger öffentlicher Belange wurden frühzeitig in die Entwurfsplanung einbezogen und mit Schreiben vom 20.06.2002 um Stellungnahme innerhalb eines Monats gebeten.

ANREGUNGEN DER BÜRGER IM RAHMEN DER FRÜHZEITIGEN BETEILIGUNG

Von folgenden Bürgern sind in schriftlicher Form Anregungen eingegangen:

1. Herr Dr. Heinrich Waldeyer, Friedensstraße 129, Sankt Augustin
(E-Mail vom 19.03.2002)
2. Herr Achim Baumgartner, Steinkreuzstraße 14, Sankt Augustin
(Schreiben vom 13.05.2002)
3. Herr Dr. Alexander Delitz und Frau Margerit Delitz
(Schreiben vom 14.05.2002)
4. Frau Susanne Helfen, Friedensstraße 26 b, Sankt Augustin
(Schreiben vom 14.05.2002)
5. Herr Markus Bender, Friedensstraße 26 b, Sankt Augustin
(Schreiben vom 14.05.2002)
6. Frau Maria E. Bender, Friedensstraße 26 b, Sankt Augustin
(Schreiben vom 14.05.2002, sowie Schreiben vom 04.07.2002 – hier vertreten durch die Rechtsanwälte Karl-Rudolf Kuhn, Uwe R. Schepers, M. Bönninghausen)
7. Frau Inge Herzog, Friedensstraße 26 a, Sankt Augustin
(Schreiben vom 14.05.2002)
8. Herr u. Frau Müller/Herr u. Frau Bischof, Brunnenstraße 5 u. 7, Sankt Augustin
(gemeinsames Schreiben vom 27.05.2002)
9. Herr Ferdinand Bender, Friedensstraße 26 a, Sankt Augustin
(Schreiben vom 04.06.2002)
10. Eheleute Karl und Anna Wipperfürth, Sandstraße 7, Sankt Augustin
(Schreiben vom 17.07.2002)
11. Familie Stiltz, Sandstraße 3, Sankt Augustin
(Schreiben vom 31.07.2002)
12. Herr Hans Unkel, Brunnenstraße 9, Sankt Augustin
(Schreiben vom 14.08.2002)
13. Frau Maria Kunert, Brunnenstraße 11, Sankt Augustin
(Schreiben vom 12.08.2002)

Von folgenden Bürgern sind im Rahmen von persönlichen Gesprächen Anregungen eingegangen:

14. Eheleute Bischof/Herr Müller, Brunnenstraße 5/7, Sankt Augustin
(08.05.2002)

15. Frau Jung, Brunnenstraße 13, Sankt Augustin
(10.05.2002)
16. Frau Marisa, Sandstraße 11, Sankt Augustin
(10.05.2002)
17. Herr Dackweiler, Am Rothbusch, Sankt Augustin
(13.05.2002)
18. Herr Pusch, Vom-Stein-Straße 2 b + 2 c, Sankt Augustin
(13.05.2002)
19. Herr Dr. Waldeyer, Friedensstraße 129, Sankt Augustin
(15.05.2002)
20. Herr Brabender, Brunnenstraße 14, Sankt Augustin
(16.05.2002)
21. Frau Telkmann, Friedensstraße 12, Sankt Augustin
(16.05.2002)
22. Eheleute Keller, Sandstraße 9, Sankt Augustin
(05.06.2002)
23. Frau Himmeroeder u. Herr Himmeroeder (jun.), Sandstraße 5, Sankt Augustin
(06.06.2002)
24. Frau König, Frau Schneider und Herr Leroy, Friedensstraße 6/8, Sankt Augustin
(02.08.2002)
25. Frau Schneider und Herr Schneider (jun.), Friedensstraße 10/12, Sankt Augustin
(20.08.2002)

zu 1./19.) Anregung:

Im Interesse der Anwohner der Friedensstraße wird angeregt, einen Teil des zusätzlichen Verkehrsaufkommens über die Brunnenstraße abzuwickeln. In Ergänzung dazu wird eine Einbahnstraßenregelung für sinnvoll gehalten. Der Hintergrund hierfür ist die Tatsache, dass die Ecke Sandstraße/B 52 (im Gegensatz zur Einmündung Friedensstraße) mit einer Ampelanlage ausgestattet ist. Außerdem wird die Einmündung Friedensstraße aufgrund von „wildem Parken“ als unübersichtlich eingestuft. Gleichzeitig wird, insbesondere auch im Hinblick auf Kinderwagen – und Rollstuhlbenutzer, die Beschaffenheit und Breite der Gehwege im Bereich der Friedensstraße (insbesondere Haus Nr. 6-10) bemängelt. Unabhängig davon wird die Variante I bevorzugt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Anregung hinsichtlich einer ergänzenden Plangebieterschließung über die Brunnenstraße wird aufgenommen und im Rahmen der weiteren Planungen berücksichtigt. Gleiches gilt für die Anregung bezüglich der Gehwegbreiten in der Friedensstraße 6-8, welche im Rahmen des B-Planes aus Gründen des Gemeinwohls angeglichen werden. Entsprechend des Votums wird die Variante II aufgegeben, während Variante I weiter konkretisiert und zur Auslegung gebracht wird.

Zu 2.) Anregung:

Das Plangebiet wird als eine geeignete Fläche für verdichtetes Bauen gesehen. Damit soll der „Monostruktur“ von zu großen Einfamilienhausquartieren und der damit verbundenen Nachteile (fehlende soziale Durchmischung, unzureichende Dichten für Nahversorgung und ÖPNV, einseitige Ausrichtung auf den Kfz-Verkehr, etc.) entgegengewirkt werden. Darüber hinaus wird die Fra-

ge gestellt, ob es überhaupt sinnvoll ist, ein solches Wohngebiet quasi in Konkurrenz zum Zentrum-West zeitgleich zu entwickeln.

Entgegen der im Rahmen der Städtebaulichen Entwürfe dargestellten Bauformen werden im Hinblick auf eine stärkere Durchgrünung (mögliche Baumstandorte) Gartenhofhäuser für sinnvoller gehalten. Aus stadökologischen Gründen wird angeregt, die vorgesehenen Fußwege lediglich mit einer wassergebundenen Decke zu versehen und das Regenwasser (auch im Straßbereich) nach Möglichkeit zu versickern. Zudem wird eine großzügigere und weniger gradlinigere Führung der Fußwege vorgeschlagen.

Die netzartige Erschließungsstruktur von Variante II wird für vorteilhafter gehalten. In Bezug auf den Garagenhof werden diverse Verbesserungsvorschläge gemacht:

Durchgrünung, Fußwegeverbindung zur nördlich gelegenen Planstraße, Verzicht auf Erschließung von der Brunnenstraße, parallele Nutzung/Gestaltung als Spielfläche.

Es werden Anregungen für die Nutzung der Freiflächen (Festplatz, Spielbrache, Kleingartenanlage) unterhalb der Hochspannungsfreileitung gemacht. Außerdem wird die planerische Berücksichtigung der zu erwartenden Nebengebäude im privaten Gartenbereich (Geräteschuppen, Fahrradunterstellplatz, Mülltonnenstandort, etc.) angeregt. Schließlich wird die direkte Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den bauwilligen Familien als Alternative zur „Investoren-Planung“ empfohlen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die angeregte Verdichtung des Plangebietes durch Geschosswohnungsbau kann aufgrund der geringen Dimensionierung und Leistungsfähigkeit des umliegenden Straßennetzes nicht umgesetzt werden. Im übrigen handelt es sich hierbei – gerade wegen der geringen Verdichtung – nicht um ein mit dem „Zentrum-West“ vergleichbares Angebot und steht daher auch nicht in Konkurrenz hierzu.

Das aufgezeigte Gartenhofhaus entspricht nicht mehr der heutigen Nachfrage und wäre somit eine unverhältnismäßig starke Einschränkung der individuellen Gestaltungsfreiheit. Zudem ist es aufgrund des ungünstigen Flächen-Volumen-Verhältnisses energetisch betrachtet wesentlich ungünstiger als kompakte Bauformen. Im Hinblick auf eine stärkere Durchgrünung zeigt die Erfahrung, dass (unabhängig von der Bauform) der offene Hausgarten mit kleinkronigen Bäumen bevorzugt wird. Die Verwendung von wasserdurchlässigen Oberflächenmaterialien im öffentlichen Raum wird grundsätzlich begrüßt und planerisch weiter verfolgt. Allerdings ist dies aufgrund der Lage innerhalb der Wasserschutzzone 3b nur im Bereich der Gehwege zulässig.

Die Anregungen im Hinblick auf die Variante II können keine Berücksichtigung finden, da die Alternative (Variante I) im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung auf breite Zustimmung gestoßen ist und nun entsprechend des P+V-Beschlusses vom 13.03.2002 im Vorfeld der Auslegung weiter konkretisiert werden soll.

Um dem Entstehen von schädlichen Umwelteinwirkungen durch elektromagnetische Felder – insbesondere auch Kinder betreffend – vorzubeugen, werden unterhalb der Freileitungen sämtliche Nutzungen durch Mensch, mit Ausnahme derer, die nur dem „vorübergehenden“ Aufenthalt von Personen dienen, ausgeschlossen.

Die planerische Berücksichtigung der Nebengebäude (Organisation der Standorte) wird aufgrund der geringen Verdichtung der nun zur Ausführung

kommenden Variante I als Überreglementierung bewertet und daher nicht für sinnvoll gehalten. Hinsichtlich der angeregten Zusammenarbeit (Stadt + Bauwillige) wird eine Lösung angestrebt die, zumindest in Teilbereichen, eine Einzelvermarktung der Grundstücke vorsieht. Im übrigen ist die Entstehung des neuen Wohnquartiers seitens der Stadt Sankt Augustin überdurchschnittlich stark publik gemacht worden. Der Informationsfluss infolge der entsprechenden Nachfragegespräche gewährleistet ebenfalls eine überdurchschnittliche Berücksichtigung der Interessentenwünsche.

Zu 3.)

Anregung:

Es werden Bedenken hinsichtlich der geplanten Verkehrsführung und der damit verbundenen zusätzlichen (einseitigen) Belastung der Friedensstraße geäußert. In diesem Zusammenhang wird auf die als „Gefahrensituation“ empfundene Einmündung in die Bonner Straße hingewiesen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass das Abwasserkanalnetz, vor dem Hintergrund der Überlastungserscheinungen (Friedensstraße) in den 70er Jahren, einer genauen Prüfung unterzogen werden sollte. Dabei wäre sowohl der „Versiegelungsgrad“ als auch die Einbeziehung weiterer Anschlussmöglichkeiten (z. B. Brunnenstraße) von Bedeutung. Vor diesem Hintergrund wird die Planungsvariante I bevorzugt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Anregung hinsichtlich einer ergänzenden Plangebietserschließung über die Brunnenstraße wird aufgenommen und im Rahmen der weiteren Planung berücksichtigt. Darüber hinaus wird das Kanalnetz der angeregten Prüfung unterzogen. Entsprechend des Votums wird die Variante II aufgegeben, während Variante I weiter konkretisiert und zur Auslegung gebracht wird.

Zu 4.)

Anregung:

Die Anwohnerin spricht sich aufgrund des vom Bestand abweichenden städtebaulichen Charakters und aufgrund der befürchteten Beeinträchtigung durch den Garagenhof gegen Variante II aus. Des Weiteren wird eine Bereitstellung von Grundstücken für die Umsetzung der individuellen Wünsche privater Bauherren angeregt. Hinsichtlich der Erschließung durch den Individualverkehr werden weitere Anschlusspunkte (z. B. Brunnenstraße/Vom-Stein-Straße) zur „gerechten“ Verteilung der damit verbundenen Beeinträchtigungen für sinnvoll gehalten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Entsprechend des Votums wird die Variante II aufgegeben, während Variante I weiter konkretisiert und zur Auslegung gebracht wird. Hinsichtlich des individuellen Bauens wird eine Lösung angestrebt, die zumindest in Teilbereichen, eine Einzelvermarktung der Grundstücke zulässt. Die Anregung hinsichtlich einer ergänzenden Plangebietserschließung über die Brunnenstraße wird aufgenommen und im Rahmen der weiteren Planung berücksichtigt.

Zu 5.)

Anregung:

Der Anwohner spricht sich aufgrund des vom Bestand abweichenden städtebaulichen Charakters und aufgrund der befürchteten Beeinträchtigung durch den Garagenhof gegen Variante II aus. Des Weiteren wird eine Bereitstellung von Grundstücken für die Umsetzung der individuellen Wünsche privater Bauherren angeregt. Hinsichtlich der Erschließung durch den Individualverkehr

werden weitere Anschlusspunkte (z. B. Brunnenstraße/Vom-Stein-Straße) zur „gerechten“ Verteilung der damit verbundenen Beeinträchtigungen für sinnvoll gehalten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Entsprechend des Votums wird die Variante II aufgegeben, während Variante I weiter konkretisiert und zur Auslegung gebracht wird. Hinsichtlich des individuellen Bauens wird eine Lösung angestrebt, die zumindest in Teilbereichen, eine Einzelvermarktung der Grundstücke zulässt. Die Anregung hinsichtlich einer ergänzenden Plangebietserschließung über die Brunnenstraße wird aufgenommen und im Rahmen der weiteren Planung berücksichtigt.

Zu 6.)

Anregung:

Die Anwohnerin spricht sich aufgrund des vom Bestand abweichenden städtebaulichen Charakters und aufgrund der befürchteten Beeinträchtigung durch den Garagenhof gegen Variante II aus. Des Weiteren wird eine Bereitstellung von Grundstücken für die Umsetzung der individuellen Wünsche privater Bauherren angeregt. Hinsichtlich der Erschließung durch den Individualverkehr werden weitere Anschlusspunkte (z. B. Brunnenstraße/Vom-Stein-Straße) zur „gerechten“ Verteilung der damit verbundenen Beeinträchtigungen für sinnvoll gehalten. Gleichzeitig wird das Interesse an einem partiellen Grundstücksankauf (nördlicher Teilbereich der bestehenden Stichstraße) bekundet und um die planerische Berücksichtigung dessen gebeten. Darüber hinaus werden Bedenken (Stichwort: „Elektrosmog“) hinsichtlich der in Schutzstreifen der Hochspannungsfreileitung gelegenen Grünflächen geäußert.

Stellungnahme der Verwaltung:

Entsprechend des Votums wird die Variante II aufgegeben, während Variante I weiter konkretisiert und zur Auslegung gebracht wird. Hinsichtlich des individuellen Bauens wird eine Lösung angestrebt, die zumindest in Teilbereichen, eine Einzelvermarktung der Grundstücke zulässt. Die Anregung hinsichtlich einer ergänzenden Plangebietserschließung über die Brunnenstraße wird aufgenommen und im Rahmen der weiteren Planung berücksichtigt. Das beschriebene Grunderwerbsinteresse wird bei der weiteren Planung berücksichtigt. Bezüglich des „Elektrosmogs“ im Bereich der Grünfläche wird angemerkt, dass diese Flächen (entsprechend der neuesten Erkenntnisse) nicht für einen dauerhaften Aufenthalt von Personen, im Sinne eines Stadtparks etwa, konzipiert sind, sondern lediglich dem landschaftspflegerischen Planungsausgleich dienen.

Zu 7.)

Anregung:

Die Anwohnerin spricht sich aufgrund des vom Bestand abweichenden städtebaulichen Charakters und aufgrund der befürchteten Beeinträchtigung durch den Garagenhof gegen Variante II aus. Des Weiteren wird eine Bereitstellung von Grundstücken für die Umsetzung der individuellen Wünsche privater Bauherren angeregt. Hinsichtlich der Erschließung durch den Individualverkehr werden weitere Anschlusspunkte (z. B. Brunnenstraße/Vom-Stein-Straße) zur „gerechten“ Verteilung der damit verbundenen Beeinträchtigungen für sinnvoll gehalten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Entsprechend des Votums wird die Variante II aufgegeben, während Variante I weiter konkretisiert und zur Auslegung gebracht wird. Hinsichtlich des individuellen Bauens wird eine Lösung angestrebt, die zumindest in Teilbereichen, eine Einzelvermarktung der Grundstücke zulässt. Die Anregung hinsichtlich einer ergänzenden Plangebieterschließung über die Brunnenstraße wird aufgenommen und im Rahmen der weiteren Planung berücksichtigt.

Zu 8./14.) Anregung:

Es wird darum gebeten, die Planung im Bereich der optionalen Planstraße dahingehend zu modifizieren, dass sich für die Eigentümer der Hausgrundstücke Brunnenstraße Nr. 5 und Nr. 7 jeweils ein eigenständig bebaubares Teilgrundstück ergibt. Für den Fall, dass die geplante Anbindung der Planstraße an die Vom-Stein-Straße nicht zum Tragen kommt, wird eine alternative Anbindung über die Grundstücke Brunnenstraße 1, 3 und 5 abgelehnt. Mit Blick auf eine mögliche Kfz-Anbindung des zentralen Plangebietes an die Brunnenstraße wird zu Bedenken gegeben, dass hier bereits heute aufgrund der geringen Gehweg- und Fahrbahnbreiten schwierige Verkehrsbedingungen herrschen. Es wird außerdem zu Bedenken gegeben, dass sich diese Bedingungen bei Veranstaltungen im „HUMA-Gelände“ durch den daraus resultierenden Parksuchverkehr nochmals zuspitzen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Anregung hinsichtlich der Optimierung der Bebaubarkeit wird entsprechend aufgegriffen. Gleichzeitig wird die ablehnende Haltung hinsichtlich der „kurzen“ und damit wirtschaftlichen Erschließung über die Sandstraße zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Planung berücksichtigt. In Bezug auf die als „schwierig“ beschriebenen Verkehrsbedingungen in der Brunnenstraße muss festgestellt werden, dass diese im gleichen Maße auf die Friedensstraße zutreffen. Dies gilt insbesondere auch für die Einmündung in die B 56. Daher wird aufgrund der besseren Überschaubarkeit (Signalanlage) der Einmündung Sandstraße/B 56, aber auch aufgrund einer besseren Verteilung der zu erwartenden Verkehrsbelastung eine zusätzliche Anbindung über die Brunnenstraße befürwortet.

Zu 9.) Anregung:

Es wird sich aufgrund der besseren Anpassung an die bestehende Wohnlage für Variante I ausgesprochen. Die Planvariante II wird auch im Hinblick auf eine weitere Konzentration von Garagen innerhalb des Geltungsbereiches abgelehnt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Entsprechend des Votums wird die Variante II aufgegeben, während Variante I weiter konkretisiert und zur Auslegung gebracht wird.

Zu 10.) Anregung:

Aufgrund der eingeschränkten Möglichkeiten für weitere bauliche Nutzungen (Freileitung im Süden, geringe Grundstückstiefe im Norden) auf dem betreffenden Grundstück sprechen sich die Eigentümer gegen die geplante Lage der optionalen Planstraße aus. Zur Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten im nördlichen Teilbereich des Plangebietes wird eine Erdverlegung der Hochspannungsleitung angeregt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die ablehnende Haltung bezüglich der Verkehrsführung wird zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Planung entsprechend berücksichtigt. Bei einer Erdverlegung der Hochspannungsleitung müsste sich die Stadt Sankt Augustin verpflichten, die dadurch entstehenden Kosten zu übernehmen. Angesichts der angespannten Haushaltssituation kann dies zumindest mittelfristig ausgeschlossen werden. Eine Umlage auf die Gesamtmaßnahme und die späteren Käufer bzw. Nutznießer ist aufgrund der hohen Kosten ebenfalls unrealistisch.

Zu 11.)

Anregung:

Die Eigentümer sprechen sich gegen die optionale Planstraße im Norden des Geltungsbereiches aus und lehnen eine Abgabe (Veräußerung der betroffenen Grundstücke) ab.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die ablehnende Haltung bezüglich der Verkehrsführung wird zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Planung entsprechend berücksichtigt.

Zu 12.)

Anregung:

Der Eigentümer lehnt die rückwärtige Erschließung seines Grundstücks ab, da er an einer Schaffung eines zusätzlichen Baufeldes nicht interessiert ist.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die ablehnende Haltung bezüglich der Verkehrsführung wird zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Planung entsprechend berücksichtigt.

Zu 13.)

Anregung:

Die Eigentümerin lehnt die rückwärtige Erschließung ihres Grundstücks ab, da sie an einer Schaffung eines zusätzlichen Baufeldes nicht interessiert ist.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die ablehnende Haltung bezüglich der Verkehrsführung wird zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Planung entsprechend berücksichtigt.

Zu 15.)

Anregung:

Die Anwohnerin wünscht eine Bebauung der südlich angrenzenden Parzellen im Bereich der Brunnenstraße, da diese zur Zeit als „Hundeklo“ dient und entsprechende Gerüche freigibt. Eine dort positionierte Erschließung für den Individualverkehr wird dagegen abgelehnt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Um dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen durch elektromagnetische Felder vorzubeugen werden unterhalb der Freileitungen (innerer Schutzstreifen; 2 x 10 m) sämtliche Nutzungen durch Mensch, mit Ausnahme derer, die nur dem vorübergehenden Aufenthalt von Personen dienen (z. B. Wegeverbindung), ausgeschlossen. Da hiervon wesentliche Teile der Gartenfläche eines möglichen Baugrundstücks betroffen sind und somit nicht als solche genutzt werden dürften, wird die verbleibende Restfläche als nicht vermarktbar

eingestuft. Aus diesem Grunde wird der angesprochene Bereich – entgegen der ursprünglichen Planung – als Ausgleichsfläche festgesetzt. Durch die damit verbundenen Maßnahmen wird die Zugänglichkeit der betreffenden Fläche zumindest eingeschränkt.

Zu 16.)

Anregung:

Seitens der Eigentümerin wird ein großes Interesse an einer baldigen Umsetzung der Planung (in der dargestellten Form) bekundet. Gleichzeitig wird die Planungsvariante I favorisiert.

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Interesse an einer baldigen Umsetzung wird zur Kenntnis genommen. Entsprechend des Votums wird Variante II aufgegeben, während Variante I weiter konkretisiert und zur Auslegung gebracht wird.

Zu 17.)

Anregung:

Aufgrund des „wildes Parkens“ in der Brunnenstraße wird, in Bezug auf die verkehrliche Anbindung des inneren Planbereiches, eine Beschränkung auf einen Fuß-/Radweg (Variante I) für besser gehalten.

Stellungnahme der Verwaltung:

In Bezug auf das „wilde Parken“ in der Brunnenstraße muss festgestellt werden, dass dieses Problem im gleichen Maße in der Friedensstraße zu beobachten ist. Hinzu kommt der problematische Einmündungsbereich zur B 56. Daher wird aufgrund der besseren Überschaubarkeit der Einmündung (Signalanlage), aber auch aufgrund einer Verteilung der zu erwartenden Verkehrsbelastung eine zusätzliche Anbindung über die Brunnenstraße befürwortet.

Zu 18.)

Anregung:

Der Eigentümer ist nicht bereit die für die Ausbildung des Eckradiuses notwendige Fläche im Bereich der Einmündung Planstraße/Vom-Stein-Straße abzugeben bzw. zu veräußern. Er bekundet jedoch sein Interesse bzgl. eines Grundstücksankaufs zur Verlängerung seines Gartens (Richtung Osten).

Stellungnahme der Verwaltung:

Die dargestellte Planstraße im Norden des Geltungsbereiches wird zugunsten einer anderen Trassenführung aufgegeben. Im Bereich der Vom-Stein-Straße wird daher lediglich ein Fußweg einmünden. Ein zusätzlicher Flächenbedarf für die Eckausrundung besteht somit nicht mehr. Um dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen durch elektromagnetische Felder vorzubeugen, werden unterhalb der Freileitungen (innerer Schutzstreifen; 2 x 10 m) sämtliche Nutzungen durch Menschen, mit Ausnahme derer, die nur dem vorübergehenden Aufenthalt von Personen dienen (z. B. Wegeverbindung), ausgeschlossen.

Zu 20.)

Anregung:

Nach Aussage des Anwohners werden im Bereich des Baublockes Brunnenstraße/Am Rothbusch/Holzweg/Sandstraße „Autorennen“ gefahren. Es sollte keine zusätzliche Erschließung des Plangebietes über die Brunnenstraße erfolgen, um ein entsprechendes Übergreifen auf das neue Wohngebiet zu verhindern.

Stellungnahme der Verwaltung:

Für die zusätzliche Anbindung des Plangebietes über die Brunnenstraße spricht vor allem die bessere Überschaubarkeit des Knotenpunktes B 56/Sandstraße, aber auch die bessere Verteilung der zu erwartenden verkehrlichen Belastung. Aufgrund der Trassenführung innerhalb des Plangebietes ist nicht mit der Entstehung von Schleichverkehren zu rechnen. Das darüber hinaus beschriebene Fehlverhalten Einzelner (überhöhte Geschwindigkeit etc.) können nicht mit bauleitplanerischen, sondern nur mit polizeilichen Mitteln bekämpft werden.

Zu 21.)

Anregung:

Es wird sich dagegen ausgesprochen, dass der gesamte Individualverkehr über die Friedensstraße abgeleitet werden soll. Des Weiteren werden mehr Besucherstellplätze für erforderlich gehalten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Anregung hinsichtlich einer zusätzlichen Plangebietserschließung wird über einen zusätzlichen Anbindungspunkt im Bereich der Brunnenstraße berücksichtigt. Gleiches gilt für die Einrichtung weiterer Besucherstellplätze.

Zu 22.)

Anregung:

Die Eigentümer sind mit der dargestellten Erschließung des nördlichen Plangebietes grundsätzlich einverstanden. Es besteht jedoch der Wunsch nach einem Doppelhaus, in dem sich dann ergebenden südlichen Grundstücksteil.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Erschließung des nördlichen Plangebietes muss aufgrund der zum Teil ablehnenden Haltung der übrigen Eigentümer modifiziert werden. Die gewünschte Bauform wird dennoch ermöglicht.

Zu 23.)

Anregung:

Die Zustimmung hinsichtlich der dargestellten Erschließungsführung wird seitens der Eigentümerin mit einer Bedingung verknüpft. Demnach wird, durch Verlängerung des Grundstücks bis auf die Tiefe des Nachbargrundstücks (Flurstück 2606), ein weiteres Baufeld entstehen. Das Grundstücksgeschäft soll über Tausch oder Ankauf von der Stadt Sankt Augustin zustande kommen und müsste mit einer Erschließung über die innere Planstraße verbunden sein.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund der ablehnenden Haltung der direkten Nachbarn kann die optionale Planstraße nicht in der dargestellten Form realisiert werden. Bezüglich des Wunsches nach einem Baufeld südlich der Hochspannungsfreileitung (Erschließung von der inneren Planstraße) muss, aufgrund der neuesten Erkenntnisse zum Thema „Elektrosmog“, eine ablehnende Haltung eingenommen werden. Um dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen durch elektromagnetische Felder vorzubeugen werden unterhalb der Freileitungen (innerer Schutzstreifen; 2 x 10 m) sämtliche Nutzung durch Menschen, mit Ausnahme derer, die nur dem vorübergehenden Aufenthalt von Personen (z. B. Wegeverbindung) dienen, ausgeschlossen.

Zu 24.)

Anregung:

Es wird erklärt, dass die Eigentümerinnen an einer Bebauung des hinteren Grundstücksbereiches nicht interessiert seien. Darüber hinaus wird eine Abgabe von Teilflächen des Grundstücks zwecks Erstellung einer Erschließung abgelehnt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die ablehnende Haltung bezüglich der Erschließung wird zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Planung entsprechend berücksichtigt.

Zu 25.)

Anregung:

Seitens der Eigentümer wird die Zahl der Stellplätze innerhalb des Plangebietes für unzureichend gehalten. Des Weiteren wird erklärt, dass man nicht gewillt sei, die für die Erschließung des Nachbargrundstücks notwendige Fläche bereitzustellen bzw. zu veräußern. Darüber hinaus bestehe kein Interesse zur Bebauung des rückwärtigen Grundstücksbereiches – eine Erschließung werde daher abgelehnt. In diesem Zusammenhang wird eine „Verschiebung“ der Planstraße Richtung Norden vorgeschlagen. Unter der Bedingung, dass mit der Erschließung der Grundstücksbereiche keinerlei Kosten (Erschließung, Kanal etc.) und Pflichten (Schneeräumen im Winter etc.) verbunden sind, wäre man jedoch auch bereit, die im Bereich der städtischen Flächen verlaufende Planstraße in der dargestellten Form mitzutragen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Anregung bezüglich einer Erhöhung der Stellplatzanzahl wird durch die Einplanung zusätzlicher Stellplätze im öffentlichen Raum entsprechend berücksichtigt. Gleichzeitig wird die ablehnende Haltung im Hinblick auf die abzweigende Stichstraße zur Erschließung der rückwärtigen Bereiche der Friedensstraße 6 und 8 zur Kenntnis genommen und im Rahmen der weiteren Planung entsprechend berücksichtigt.

Die darüber hinaus vorgeschlagene „Verschiebung“ der öffentlichen Planstraße würde jedoch die Erschließung des übrigen Plangebietes und des Grundstückes Friedensstraße Nr. 26b nicht unwesentlich beeinträchtigen und zu einer Erhöhung der Erschließungskosten führen. Zudem würde die damit verbundene Reduzierung der potentiellen Bauflächen in diesem Bereich des Plangebietes der Zielsetzung des B-Planes (Innenverdichtung, Nachverdichtung, Baulandmobilisierung) widersprechen. Aus den oben genannten Gründen muss das öffentliche Interesse an einer Umsetzung der Planung höher bewertet werden als die privaten Interessen der Eigentümer. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Grundstücke nicht durch die Straße selbst belastet werden, da sich die spätere Verkehrsfläche zu 100 % auf dem städtischen Grundstück befindet.

Die alternativ angeregte Befreiung von den mit einer Erschließung verbundenen Kosten und Pflichten widerspricht dem Umlageprinzip der Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Sankt Augustin. Im Übrigen kann eine solche Vereinbarung nicht Regelungsinhalt eines Bebauungsplanes sein.

Im Rahmen der Info-Veranstaltung am 07.03.2002 in der Gaststätte „Parkschlösschen“ wurden folgende Anregungen geäußert:

a) Anregung:

Bezüglich des ruhenden Verkehrs wurde angeregt, dass unabhängig von den geplanten zwei Stellplätzen pro Haus (Garage + Vorfläche), möglichst viele zusätzliche Stellplätze eingerichtet werden sollen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Forderung wird durch die Bereitstellung von zusätzlichen Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum entsprochen.

b) Anregung:

Es wird eine Überlastung des Abwasserkanalnetzes mit entsprechenden Beeinträchtigungen für bestehende Gebäude befürchtet.

Stellungnahme der Verwaltung:

Wird im Rahmen der Tiefbauplanung durch die Heranziehung entsprechender Gutachten geprüft und ggf. durch geeignete Maßnahmen verhindert.

c) Anregung:

Es wird eine verkehrliche Überlastung der Friedensstraße für den Fall befürchtet, dass das neue Wohngebiet ausschließlich über diese erschlossen wird. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf die Unübersichtlichkeit des Einmündungsbereiches Bonner Straße/Friedensstraße sowie die heute bereits vorhandene Beeinträchtigung durch „wildes Parken“ am Straßenrand hingewiesen. Letzteres führe vor allem in Verbindung mit den überhöhten Fahrgeschwindigkeiten und den teilweise unzureichenden Gehwegbreiten zu zahlreichen Gefahrenpunkten, die keine weitere Steigerung des Verkehrsaufkommens zuließen. Statt dessen wird eine Einbahnstraßenlösung und/oder eine zusätzliche Erschließung des Plangebietes über die Brunnenstraße angeregt. Darüber hinaus werden die Gehwegbreiten des gesamten Quartiers für verbesserungswürdig gehalten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Anregung hinsichtlich einer ergänzenden Plangebietserschließung über die Brunnenstraße wird aufgenommen und im Rahmen der weiteren Planung berücksichtigt. Die Gehwegbreiten in der Friedensstraße werden, soweit sie innerhalb des Geltungsbereiches liegen, im Rahmen des B-Planes aus Gründen des Gemeinwohls angeglichen.

d) Anregung:

Der Fahrbahnquerschnitt im westlichen Teilbereich der optionalen Planstraße wird für nicht ausreichend gehalten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Gesamtbreite der beplanten Flurstücke beträgt ca. 4,50 m und ist somit, bezogen auf einen Teilabschnitt von 40 m, ausreichend breit für eine Wohnstraße mit etwa 10 Wohneinheiten. Im Übrigen wird die dargestellte Straße zugunsten einer alternativen Trassenführung aufgegeben. Die angesprochenen Flurstücke werden daher nur als Fuß-/Radwegeverbindung dienen.

e) Anregung:

Eine deutliche Mehrheit der erschienenen Anwohner spricht sich aufgrund der höheren Baudichte und Einwohnerzahl sowie des damit verbundenen Verkehrsaufkommens gegen Variante II aus.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund des eindeutigen Votums wird die Variante II aufgegeben, während Variante I weiterentwickelt und zur Auslegung gebracht wird.

ANREGUNGEN DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE IM RAHMEN DER FRÜHZEITIGEN BETEILIGUNG

Von folgenden Trägern öffentlicher Belange sind Schreiben eingegangen:

1. Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 8, Bergbau und Energie in NRW
(Schreiben vom 26.06.2002)
2. PLEdock GmbH
(Schreiben vom 01.07.2002)
3. Stadtwerke Bonn GmbH
(Schreiben vom 04.07.2002)
4. Amt für Agrarordnung, Siegburg
(Schreiben vom 08.07.2002)
5. Wehrbereichsverwaltung West
(Schreiben vom 08.07.2002)
6. Wasserversorgungsgesellschaft mbH, Sankt Augustin
(Schreiben vom 17.07.2002)

7. Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
(Schreiben vom 27.06.2002)
8. Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH
(Schreiben vom 01.07.2002)
9. ish GmbH & Co. KG
(Schreiben vom 01.07.2002)
10. Rheinische Energie Aktiengesellschaft (rhenag)
(Schreiben vom 08.07.2002)
11. RWE net Aktiengesellschaft, Netzregion Süd
(Schreiben vom 16.07.2002)
12. Staatliches Umweltamt Köln
(Schreiben vom 17.07.2002)
13. Rhein-Sieg-Kreis
(Schreiben vom 23.07.2002)
14. RWE net Aktiengesellschaft, Dortmund
(Schreiben vom 24.07.2002)
15. Bezirksregierung Köln
(Schreiben vom 26.07.2002)
16. Deutsche Telekom AG
(Schreiben vom 29.07.2002)

In den Schreiben Nr. 1 – 6 wurden keine Anregungen geäußert. Die Schreiben Nr. 7 – 16 enthielten folgende Anregungen:

Zu 7.) Anregung:
Aufgrund der räumlichen Nähe und der Anbindung über die Friedensstraße sowie die Sandstraße bestehen seitens des Landesbetriebes Straßenbau NRW keine grundsätzlichen Bedenken. Nachrichtlich wird auf die Verkehrsemissionen der B 56 hingewiesen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass gegen das Planverfahren keine grundsätzlichen Bedenken bestehen. Der Hinweis bezüglich der Verkehrsemission wird bei den weiteren Planungen durch entsprechende Untersuchungen (ggf. Maßnahmen/Auflagen) berücksichtigt.

Zu 8.) Anregung:
Es wurde darauf hingewiesen, dass die Ausbildung der Straße eine reibungslose Müll- und Sperrgutabfuhr mit Dreiachser-Großraumwagen gewährleisten muss. Zur Konkretisierung dessen wurden die seitens der RSAG akzeptierten Wendeanlagen sowie die ggf. notwendig werdenden Stellplätze für Abfallbehälter näher beschrieben.

Stellungnahme der Verwaltung:

Wird im Rahmen der weiteren Planungen, insbesondere im Hinblick auf die dafür notwendigen Verkehrsflächen entsprechend berücksichtigt.

Zu 9.) Anregung:
Seitens der ish GmbH werden keine Einwände geäußert. Allerdings befinden sich im Randbereich des Plangebietes Telekommunikationsanlagen die ggf. verändert oder verlegt werden müssen. Es wird daher darum gebeten, dass mindestens drei Monate vor Baubeginn entsprechende Benachrichtigungen erfolgen sollen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Wird im Rahmen der Tiefbauplanung entsprechend berücksichtigt. Darüber hinaus wird ein Hinweis in den Bebauungsplan übernommen.

Zu 10.) Anregung:
Seitens der rhenag bestehen keine Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass in den angrenzenden Straßen Gasleitungen verlaufen, die in ihrem Bestand zu sichern sind. Gleichzeitig wird angemerkt, dass die Erdgasversorgung für den gesamten Planbereich gewährleistet ist.

Stellungnahme der Verwaltung:

Wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Tiefbauplanung entsprechend berücksichtigt. Darüber hinaus wird ein Hinweis in den Bebauungsplan übernommen.

Zu 11.)

Anregung:

Es wird darauf hingewiesen, dass die RWE net AG (Netzregierung Süd) innerhalb des Geltungsbereiches sowohl eine Trafostation als auch Kabel- und Freileitungen unterhält. Damit verbunden ist die Bitte, dass die Anlagen durch entsprechende Planzeichen in den B-Plan übernommen und damit planungsrechtlich gesichert werden sollen. Gleichzeitig wird die Möglichkeit einer Verlegung bzw. Erdverlegung der Leitungen (Kostenübernahme durch die Stadt Sankt Augustin/Bauträger) in Aussicht gestellt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei den weiteren Planungen wird die Erdverlegung der Trasse in Abstimmung mit dem RWE vorgesehen. Die planungsrechtliche Sicherung dessen wird in den B-Plan aufgenommen.

Zu 12.)

Anregung:

Das Staatliche Umweltamt beruft sich auf die im Abstandserlass von 1998 aufgeführten Vorsorgewerte hinsichtlich der Schutzabstände der Hochspannungsfreileitung und einer Studie der Universität Mainz, wonach in bestimmten Fällen ein erhöhtes Leukämierisiko bei Kindern vermutet werden kann. In diesem Zusammenhang wird angeregt, dass der innere Schutzstreifen (2 x 10 m) von sämtlichen Nutzungen durch Menschen, mit Ausnahme derer, die nur dem „vorübergehenden“ Aufenthalt dienen, freizuhalten ist. Da bei einer üblicherweise zu erwartenden Nutzung von Privatgrundstücken – insbesondere durch Kinder – letzteres nicht zutreffend ist, wird eine Anpassung der Grundstückszuschnitte angeregt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Anregung wird dahingehend berücksichtigt, dass im Bereich des inneren Schutzstreifens der Hochspannungsfreileitung keine neuen Hausgärten entstehen werden. Dies wird dadurch erreicht, dass auf den betreffenden Flächen der landschaftspflegerische Planungsausgleich erfolgt (B-Planfestsetzung: „Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft“). Hinsichtlich der Gestaltung dieser Bereiche soll der Zugänglichkeit sowie dem längeren Aufenthalt entgegengewirkt werden.

Zu 13.)

Anregung:

Seitens des Rhein-Sieg-Kreises wird darauf hingewiesen, dass sich das Plangebiet innerhalb der Wasserschutzzone III B befindet. Daraus resultiert gem. § 4 Abs. 1, Ziff. 4, 6 und 10 der Wasserschutzgebietsverordnung die Forderung einer wasserrechtlichen Genehmigung für die Errichtung von Straßen, Wegen und Rohrleitungsanlagen. Diese ist vor Baubeginn beim Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft zu beantragen. Darüber hinaus wird die Befestigung der mit Kraftfahrzeugen befahrbaren Bereiche (einschließlich Stellplätze) mit wasserdurchlässigem Material für unzulässig erklärt. Zudem wird empfohlen, die Art der Niederschlagsbeseitigung vor Baubeginn mit der Unteren Wasserbehörde abzustimmen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Auflagen werden durch entsprechende Hinweise in den Bebauungsplan übernommen und im Rahmen der weiteren Planungen berücksichtigt. Die Verwendung von wasserdurchlässigen Materialien ist lediglich im Bereich der Fuß- und Radwege vorgesehen.

Zu 14.)

Anregung:

Die RWE net AG (Dortmund) weist darauf hin, dass die innerhalb des Geltungsbereiches verlaufenden 110-kV-Hochspannungsfreileitung folgende Bedingungen für die Umsetzung der Planung mit sich bringt:

- Im Bereich des inneren Schutzstreifens (2 x 10 m – gemessen von der örtlich vorhandenen Leitungsmittellinie) darf nur mit max. 3,00 m hohen Garagen bebaut werden.
- Im Bereich des äußeren Schutzstreifens (jeweils 9 m ab der äußeren Begrenzung des inneren Schutzstreifens – siehe oben) sind Bauwerke bis zu einer max. Höhe von 6,00 m über EOK zulässig.
- Alle im Schutzstreifen geplante Gebäude müssen eine harte Bedachung nach DIN 4102, Teil 7 erhalten.
- Voraussetzung für die Genehmigung aller Bauvorhaben im Schutzstreifen ist jedoch die Einreichung der Bauunterlagen und der Abschluss einer Vereinbarung mit dem Grundstückseigentümer/Bauherren.
- Im Schutzstreifen dürfen nur solche Anpflanzungen vorgenommen werden, die eine Endhöhe von max. 4,00 m erreichen.
- Seitlich des Schutzstreifens unterliegt jeweils eine 15 m breite Zone weiteren Beschränkungen hinsichtlich der Endhöhe der Bäume.
- Beim Anlegen einer Zufahrt (Variante II) muss der Mast 13 durch Leitplanken vor Anfahren gesichert werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Innerhalb des gesamten Schutzstreifens werden, entgegen der ursprünglichen Überlegungen, keine Baufelder für Wohngebäude eingerichtet. Hinsichtlich der Höhenstaffelung für die max. Höhe der Anpflanzungen werden entsprechende Festsetzungen in den Bebauungsplan übernommen. Die übrigen Auflagen fließen als Hinweise ein und werden im Rahmen der weiteren Planungen entsprechend berücksichtigt.

Zu 15.)

Anregung:

Seitens der Bezirksregierung Köln wird eine Kampfmittelüberprüfung empfohlen. Hierzu ist eine Vorlage der Betretungserlaubnis, die Freistellung der Flächen und ggf. die Bereitstellung von Versorgungsleitungsplänen erforderlich.

Stellungnahme der Verwaltung:

Wird parallel zum Bebauungsplanverfahren unter Einbeziehung der Bezirksregierung Köln einer entsprechenden Prüfung unterzogen. Falls sich daraus konkrete Auflagen ergeben, werden diese zu einem späteren Zeitpunkt in die B-Planfestsetzungen übernommen.

Zu 16.)

Anregung:

Die Deutsche Telekom AG hat keine Einwände gegen die Planung. Zur Sicherstellung der rechtzeitigen Versorgung mit Telekommunikationsanschlüssen wird jedoch darum gebeten, dass Baubeginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen der Deutschen Telekom AG so früh wie möglich mitgeteilt werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Wird im Rahmen der weiteren Tiefbauplanung entsprechend berücksichtigt.

Aufgrund des, im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung erkennbaren, eindeutigen Votums empfiehlt die Verwaltung, eine Fortführung der Variante I unter gleichzeitiger Einstellung der Planungsüberlegungen zu der höher verdichteten Variante II.

Die unabhängig von den alternativen Planungsvorschlägen aufgezeigte Möglichkeit zur Erschließung der rückwärtigen Privatgrundstücke im Norden des Plangebietes sollte entsprechend der Vorstellungen der Eigentümer modifiziert werden. Hierzu bietet sich eine in Nord-Süd-Richtung verlaufene Stichstraße zur Verbindung der dort geplanten Wendeanlage mit dem inneren Erschließungssystem des städtebaulichen Entwurfs an. Schließlich wird seitens der Verwaltung in diesem Zusammenhang die Verknüpfung der inneren Planstraße mit der Brunnenstraße befürwortet. Dafür spricht – neben den diesbezüglich eingegangenen Anregungen – eine bessere Ausnutzung der nicht von den Einschränkungen der Hochspannungsfreileitung betroffenen potentiellen Bauflächen.

Mit den oben aufgeführten Zielsetzungen soll die Planung nun im Hinblick auf die Auslegung des Entwurfes weiter konkretisiert werden. Parallel hierzu werden seitens der Verwaltung die Möglichkeiten geprüft, ob und unter welchen Voraussetzungen die spätere bauliche Ausführung einschließlich der Fortführung der Bauleitplanung (entsprechend der aufgestellten Zielsetzung) an einen privaten Investor übertragen werden kann.

In Vertretung

Rainer Gleß
Techn. Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat finanzielle Auswirkungen
 hat keine finanziellen Auswirkungen

Die Gesamtkosten belaufen sich auf Euro.

Sie stehen im Verw. Haushalt Vermög. Haushalt unter der Haushaltsstelle zur Verfügung.

Der Haushaltsansatz reicht nicht aus. Die Bewilligung über- oder außerplanmäßiger Ausgaben ist erforderlich.

Für die Finanzierung wurden bereits veranschlagt Euro, insgesamt sind Euro bereit-zustellen. Davon im laufenden Haushaltsjahr Euro.